

# Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassafache Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327



Tageszeitung für die Landgemeinden Altenborn, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porstsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Joh. Walter Hiele  
Verantwortlich: R. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beitzelle 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 73 Bad Schandau, Montag, den 28. März 1927 71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Die Botschafterkonferenz wird Anfang der Woche nunmehr der Aufhebung der Militärkontrolle über Ungarn zustimmen, nachdem die Kleine Entente ihr Widerstreben aufgegeben hat.  
\* Das Echo de Paris will wissen, daß die französische Regierung entgegen dem von Briand geäußerten Wunsch, keinen Beobachter zu der von Coolidge geplanten Konferenz zur Beschränkung der Seerüstungen entsenden wird. Diese Bemerkung des Echo de Paris zeigt wieder einmal deutlich, welche Schwierigkeiten der Briand'schen Außenpolitik von den reaktionären Mitgliedern der französischen Regierung ständig in den Weg gelegt werden.  
\* Nach Funkpruch aus Pointe à Pitre (Guadaloupe) ist dort der italienische Weltflieger de Pinedo mit seinem Wasserflugzeug wohlbehalten eingetroffen. Er erklärte, daß er Mitte nächsten Monats wieder den Atlantischen Ozean überqueren werde. Am 22. oder 23. April glaube er, wieder in Rom zu sein.  
\* Die Pariser Blätter berichten aus Genf, daß nach in Völkereisen vorliegenden Meldungen Argentinien offiziell in der nächsten Vollversammlung im September seinen Platz im Völkerbund wieder einnehmen werde.

Es handelt sich im einzelnen um die Erfassung sämtlicher Franzosen — einschließlich Frauen und Kinder — aller wirtschaftlichen und geistigen Hilfskräfte, um die reifliche Durchorganisation der Wirtschaft, um die Einstellung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, die Regelung von Arbeit und Fürsorge und die Schulung und Verehrung des Volkes, besonders der männlichen Jugend, im Frieden für den Kriegsfall. Zur Kennzeichnung beispielsweise der Erfassung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes sei angeführt, daß der Gesandtschaft jenen französischen Petroleumimporteure verpflichtet, ein Viertel der im jeweiligen letzten Jahr eingeführten Erdölmenge und ihrer Nebenprodukte für die Landesverteidigung auf Lager zu halten. Der Kriegsminister ist zur 30jährigen Pacht der Schwefelsäurefabriken von Sorgues und zu ihrer Verwertung für die Pulver- und Sprengstoff-Fabrikation ermächtigt. Die Regierung ist schon in Friedenszeiten zur Enteignung jedes für den Krieg geeigneten Patentes berechtigt. Jede französische Fabrik erhält schon im Frieden ihre eingehende Mobilmachungsvorschrift, deren jährliche staatliche Nachprüfung erfolgt. Jedes französische Ministerium hat seinerseits für sein Arbeitsgebiet ausführliche Mobilmachungspläne aufgestellt. Dem Studium der ständigen Verbesserung der wirtschaftlichen Mobilmachung widmet sich die sogenannte Studiengruppe der Reserveoffiziere, die sich aus Ingenieuren, Architekten, Chemikern usw. zusammensetzt und deren Tätigkeit Loucheur in der Kammer umschrieb: „Diese Leute haben sich geschworen, alles daran zu setzen, um eine Wiederholung solcher traurigen Zustände zu verhindern, wie sie am Anfang des Weltkrieges bestanden. Sie wollen, daß die gesamte Nation im Kriegsfall gerüstet dasteht.“  
Schon ein kurzer Ueberblick über die als „Abrüstung“ ausgegebene Reform des französischen Heeres zeigt den tatsächlichen Hintergrund der Verkürzung der französischen Dienstzeit. Frankreich gibt mit seiner Heeresreform das Muster für eine in der Geschichte aller Völker und Zeiten beispiellose Einstellung einer Großmacht auf den Krieg.

## Die Lage in China.

Shanghai. Die Sowjetflagge weht über der Nordstation von Shanghai, dem Endpunkt der Shanghai-Nanking-Bahn. Unter den Arbeiterverbänden in den chinesischen Städten in der Umgegend von Shanghai herrscht lebhafteste Tätigkeit, und alle Verbände werden jetzt von den Radikalen beherrscht. Der Generalkrieg der Arbeiter in Shanghai ist, wie die Chinesische Nachrichtenagentur meldet, beendet worden. Alle Schulen und Geschäfte sind wieder geöffnet. Der oberste Führer der Kantontuppen, General Chiang-Kai-Shek, verlangt von den fremden Mächten Befestigung aller Barikaden um die internationalen Niederlassungen.

## Der kantonesische Oberbefehlshaber warnt Amerika.

Wie aus Shanghai gemeldet wird, hat der kantonesische Oberbefehlshaber Tchang-Kaishek in einer Presseerklärung darauf hingewiesen, daß die Ereignisse in Nanking nur östlichen Charakter getragen hätten. Es sei bedauerlich, daß sich die Amerikaner von den Engländern in die Nanking Angelegenheiten haben hineingeworfen. Die Vereinigten Staaten sollten sich hüten, sich von England in eine ungünstige Situation in China hineinmanövrieren zu lassen, sonst würden sie sich bald in derselben ungünstigen Lage in China befinden, wie England selbst. China sei sich der Macht wirtschaftlicher Repressalien wohl bewußt; das Problem der ungleichen Verträge wolle China nicht mit Waffengewalt, sondern im geeigneten Augenblick mit diplomatischen Mitteln zur Lösung bringen.

## Die Lage auf dem Balkan.

Untersuchungskommission oder nicht?  
Über die Lösungsmöglichkeiten des italienisch-jugoslawischen Konflikts sind die Meldungen noch immer widersprechend. Während man in Berliner politischen Kreisen der Ansicht ist, daß eine direkte Einigung zwischen Rom und Belgrad alsbald zu erwarten ist und sich demgemäß die Entsendung einer internationalen Militärkontrollkommission erübrigen würde, wird von Pariser Blättern die Nachricht verbreitet, daß der jugoslawischen Regierung offiziell der Vorschlag zur Entsendung einer Untersuchungskommission gemacht werden soll. Dieser Ausschuss soll ermächtigt sein, auf beiden Seiten der jugoslawischen Grenze Feststellungen zu machen. Er soll aus deutschen, englischen und französischen Vertretern, sowie italienischen und südslawischen Beobachtern zusammengesetzt sein.  
Briand habe der jugoslawischen Regierung bereits auf diplomatischem Wege auseinandergesetzt, daß der Gedanke der Entsendung eines vom Völkerbund einzusetzenden Ausschusses die Einberufung des Völkerbundes erforderlich machen und so die Liquidierung der jugoslawisch-italienischen Krise hinauszuverschieben würde. Im übrigen erwartet „Matin“, daß die italienische Regierung gegen die vorgesehene Art der Regelung keinen Widerspruch erheben werde; daselbe behauptet „Petit Journal“ von der jugoslawischen Regierung. Nach dem „Petit Parisien“ soll jede Nation zwei Vertreter in dem vorgesehene Unter Ausschuss haben, nach dem „Petit Journal“ sogar deren drei.  
Die Pariser Presse veröffentlicht ferner eine römische Depesche, die besagt: Für Italien bestehen keine Gründe, sich dem vorgeschlagenen Verfahren zu widersetzen, obwohl es offenbar ist, daß eine internationale Enquete ein ziemlich langsames Kontrollmittel bildet und in der Zwischenzeit die beanstandeten militärischen Maßnahmen ausgesetzt oder aufgehoben werden können. Auf alle Fälle wird Italien in loyaler Weise an der Untersuchung teilnehmen und zufrieden sein, daß es durch sein Vorgehen Albanien zum mindesten vorübergehend vor einem Sandstreich von außen her bewahrt hat.

## Neue Schwierigkeiten bei der Beilegung des Adria-Konfliktes.

Paris, 27. März. In französischen diplomatischen und politischen Kreisen ist man heute übereinstimmend der Ansicht, daß die zwischen den Regierungen eingeleiteten Verhandlungen zur Beilegung des Adria-Konfliktes an einem toten Punkt angelangt sind. Die neuen Schwierigkeiten seien daraus zurückzuführen, daß nach italienischer Ansicht eine Untersuchungskommission gar keinen Zweck hätte, da die Jugoslawen inzwischen die nötigen Vorkehrungen getroffen haben würden, um Italiens Behauptungen als haltlos hinzustellen. Diese italienischen Verbätigungen hätten die Belgrader Regierung von neuem veranlaßt, darauf zu bestehen, daß die Untersuchungen auch jenseits der jugoslawischen Grenze durchgeführt werden müßten und zwar allein durch eine Kommission des Völkerbundes.

## Amerikanische Truppenverfügungen für China.

New York, 27. März. Der amerikanische Oberkommandierende in China, Williams, hat 1500 Mann Marinetruppen für Shanghai angefordert. Sie sind heute sofort eingeschifft worden. In Virginia stehen 3000 Mann Marinetruppen, in Kalifornien 800 Mann für China alarmbereit.

## Die ausländischen Truppen in Shanghai in höchster Gefahr.

London, 27. März. Wie aus Shanghai gemeldet wird, liegen alle ausländischen Truppenkontingente an den Grenzen der Internationalen Niederlassung nach wie vor in höchster Alarmbereitschaft, da trotz der äußeren Ruhe, die in Shanghai eingezogen ist, mit dem nationalen Fanatismus der Kantonesen gerechnet wird. Man rechnet immer noch mit einem kantonesischen Ueberfall auf die ausländischen KonzeSSIONen, der, wenn er Erfolg haben würde, bei dem Ausländerhaush der kantonesischen Soldaten leicht zu einem Massaker unter den Ausländern führen könnte. In den ausländischen Kreisen Shanghais begrüßt man sehr das Eingreifen der Amerikaner. Aus Kalifornien sollen allein 28 amerikanische Bomberflugzeuge nach China unterwegs sein. Bei der Befestigung von Nanking sind auch zwei französische Untertanen umgekommen.

## Die französische Niederlassung in Shanghai nicht verteidigungsfähig.

Ein Hilferuf an die Pariser Regierung.  
Nach einer Pariser Meldung hat der französische Konsul in Shanghai dem Marineministerium einen Funkpruch zugehen lassen, in dem er erklärte, daß er nicht über die genügenden Hilfsmittel verfüge, um die französische KonzeSSION wirksam gegen etwaige Angriffe zu verteidigen. In dem gleichen Funkpruch, über dessen vollständigen Inhalt übrigens das strengste Stillschweigen bewahrt wird, wird der französischen Regierung mitgeteilt, daß nach einer diplomatischen Konferenz in Shanghai beschlossen worden ist, die angelsächsischen Truppen in keinem Falle an der Verteidigung des französischen KonzeSSIONsgebietes teilnehmen zu lassen, da die Ausdehnung und die geographische Lage der französischen KonzeSSION eine wirksame Verteidigung unmöglich machten. Sofort nach diesem Beschluß haben die Engländer zwischen der internationalen Siedlung und dem französischen KonzeSSIONsgebiet Schützengraben aufgeworfen und Maschinengewehre in Stellung gebracht.  
Ueber die diplomatische Konferenz berichtet man aus London, daß der Brite des französischen Konsuls in Shanghai um Hilfeleistung bei der Verteidigung der französischen KonzeSSION vom Kommandeur der englischen Streitkräfte General Duncan entsprochen worden sei unter der Bedingung, daß dann das gesamte Gebiet unter sein Oberkommando gestellt werde. Diese Bedingung habe der französische Konsul jedoch abgelehnt.

## Neues deutsch-polnisches Eisenbahnabkommen.

Warschau. Im Außenministerium ist ein neues deutsch-polnisches Eisenbahnabkommen unterzeichnet worden, das den Verkehr im polnischen Korridor regelt. Deutscherseits unterzeichneten das Abkommen Gesandter Rauscher und Geheimrat Karl Schulz.

## Frankreich — das Volk in Waffen.

Von Carl Cranz, Berlin.  
Die französische Kammer hat kürzlich bekanntlich mit 500 gegen nur 31 Stimmen den Gesetzentwurf über die „Organisation der Nation für den Kriegsfall“ angenommen. Der verhältnismäßig schwache Widerhall dieser hochbedeutenden Tatsache in der deutschen Presse läßt kaum darauf schließen, daß mit der Annahme dieses vierten und letzten Gesetzes der großen sogenannten „Loi Letzchen“ Heeresreform die weitestgehende Militarisierung einer Großmacht im Frieden durchgeführt ist, die die Geschichte der Völker aufweist, und die nur in gewissem Maße vergleichbar ist mit der Anspannung aller Kräfte der Völker während des Weltkrieges. Tatsächlich hat der mit überwältigender Mehrheit durchgebrachte Gesetzentwurf, dessen Erörterung in der Kammer eine für uns Deutsche erstaunliche Geschlossenheit aller Parteien in der Frage der Landesverteidigung bewies, die Worte des „Tschekischen Legionärs“ über den Gesetzentwurf bewahrt: „Er befaßt sich nicht mit Kleinigkeiten, sondern mit der Umformung Frankreichs aus dem Rosenerneer in ein bewaffnetes Volk.“  
Selten hat jemals eine Staatsleitung so meisterhaft die Wünsche ihrer Oeffentlichkeit mit den von ihr für erforderlich erachteten und tief einschneidenden staatlichen Notwendigkeiten zu vereinigen gewußt, wie die französische Regierung. Die Wünsche der französischen Oeffentlichkeit zielten auf Herabsetzung der militärischen Dienstzeit hin. Als staatliches Erfordernis galt der französischen Staatsleitung nach den Erfahrungen des Weltkrieges nicht nur die Verehrung der Armeesoldaten, sondern auch die des Volkes bis in das letzte Dorf und die denkbar weitestgehende Mechanisierung von Mensch und Material zum Ausgleich des immer bedrohlicher werdenden Rückganges der Geburtenziffer. Der geschickte Ausgleich dieser Gegenkräfte brachte außerdem für die Regierung die nicht zu unterschätzende Möglichkeit mit sich, dem eigenen Volk, wie der Außenwelt, erneut Frankreichs „aufrichtigen Friedenswillen“ zu betonen, der sogar die bereits seit 1914 von 3 Jahren auf 18 Monate herabgesetzte Dienstzeit abermals um ein halbes Jahr kürzte, also die Dienstzeit auf ein Jahr festsetzte. Gegenüber dieser für die französische Oeffentlichkeit tatsächlich wichtigen und im Vordergrund stehenden Entlastung tritt der Ausgleich auf der anderen Seite zunächst weniger in die Erscheinung, ist aber umso tiefergreifender.  
Der Vater der neuen französischen Reformgesetze ist Serlots fernerzeitiger Kriegsminister Nollet. Nachdem alle Versuche einer durchgreifenden Umorganisation des französischen Heeres an dem Widerstand der bisherigen Kammermehrheit und angesichts des Nubrenbruchs und der französischen Kolonialkämpfe scheiterten, konnte Nollet im April 1925 die ersten Reformvorschlüsse veröffentlichen, deren Grundzug die organisatorische Trennung der Truppe von der Mobilmachung ist, die also einen Bruch mit der Vorkriegsmethode der untrennbaren Einheit dieser beiden Gebiete bedeutet. Erst Nollets Nachfolger Painlevé brachte am 29. Januar 1926 Einzelheiten des Gesetzentwurfs heraus, die am 12. und 13. November 1926 als Gesetze über die neuen Effektivistärken, die Gliederung des Heeres und seine Rekrutierung eingebracht wurden. Als unerlässliche Bedingungen für die Herabsetzung der Dienstzeit forderte der Entwurf die Aufstellung neuer weitgehender Mobilmachungspläne, die der Truppe die Last der gesamten Mobilmachung nehmen und zwanzig neuen militärischen Mobilmachungsbehörden (Centres de mobilisation) übertragen, die Erhöhung des aktiven Heeresbestandes von 76 000 auf 105 000 Kapitulanten, die Neueinstellung von 15 000 Militär- und 14 000 Zivilbeamten und eine erhebliche Verstärkung der Gendarmen durch eine besonders bewegliche sogenannte „garde republicaine mobile“.  
Die Einziehung der Rekruten erfolgt im Mai und November. Man ist damit in der Lage, immer nur die Hälfte der ausgebildeten Mannschaften durch neue zu ersetzen und so eine möglichst geringe vorübergehende Schwächung des aktiven Bestandes zu erreichen. Der wehrfähige und ausgebildete Franzose bleibt nach seiner einjährigen Dienstzeit 3 Jahre in der Bereitschaft, 16 Jahre in der ersten und 8 Jahre in der zweiten Reserve. Da das wehrfähige Alter von 20 auf 21 Jahre heraufgesetzt ist, scheidet er mit 49 Jahren aus der militärischen Dienstpflicht aus.  
Die Fülle der neuen Mobilmachungsmaßnahmen, die Frankreichs zusammenhängendes Mobilmachungsnetz bilden werden, können im Rahmen eines Aufsatzes nur angedeutet werden.



# Die Welt ehrt Beethoven

## Die Beethoven-Ausstellungen in Berlin.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

H. Berlin, 26. März.

Anlässlich des 100. Todestages Beethovens finden in Berlin zwei große Ausstellungen statt, die eine in der Staatlichen Hochschule für Musik, die andere in der Preussischen Staatsbibliothek. In der Hochschule sind, in den Räumen der Instrumentensammlung, inmitten alter Musikinstrumente aus der Beethoven-Zeit bisher noch nicht gezeigte Manuskripte und Erstbrüche Beethovens vereint, die zum Teil aus der Sammlung des bekannten Beethoven-Forschers Geheimrat Prof. Friedländer stammen. Das merkwürdigste Stück ist das hier ausgestellte Klavierbuch Beethovens, das ein Zeichen für die dauernden Wirtschaftsnöte des Meisters ist. Neben den Eintragungen der Köchin finden wir die Bemerkungen und Korrekturen Beethovens, der selbst der Köchin nachrechnete. Außerdem sind in der Sammlung eine Reihe von Bildern, Karikaturen und Konversationshefte, die Beethoven während seiner Taubheit zum Verkehr benutzte, enthalten. Weit umfangreicher ist noch die Ausstellung in der Staatsbibliothek, die die ungeheuren Schätze aus dem Besitz der Bibliothek der Öffentlichkeit zeigt. So befinden sich hier die Handschriften der Partituren von fünf Sinfonien — u. a. der 5. und 9. Sinfonie —, die Handschrift zur Missa solennis und zur Oper „Fidelio“, Skizzen zur Pastorale und zu einer 10. Sinfonie. Diese Ausstellung vermittelt eine große Kenntnis des Menschen und Musikers Beethovens, denn aus jeder Zeit seines Lebens und Schaffens sind hier Manuskripte, Bilder von Beethoven, seinen Lehrern und Freunden und wertvolle Erstbrüche ausgestellt. Besonders interessant ist die Sammlung von Originalbriefen, unter denen sich auch der Brief an die „Unsterbliche Geliebte“ befindet, und Beethovens Bibliothek, die Werke von Schiller, Shakespeare und die von Beethoven besonders geliebte „Odyssee“ Homers umfasst.

## Beethoven-Feiern in aller Welt.

Mit seltener Einmütigkeit wurde in ganz Deutschland der 100. Todestag Beethovens gefeiert. Keine Partei hatte sich ausgeschlossen. Allenhalben, wo es nur irgend möglich war, wurden Werke des großen Meisters aufgeführt. Zahllose Einzelseiern fanden statt. Nicht zuletzt muß auch des Rundfunks gedacht werden, der in großartiger Weise Beethovensche Musik von ersten Künstlern zu Gehör brachte.

### Beethoven-Stiftung der Stadt Leipzig.

Leipzig, 27. März. Der Rat der Stadt Leipzig hat zum 100jährigen Todestag Beethovens mit Zustimmung der Stadtverordneten eine Beethoven-Stiftung mit einem Kapital von 50 000 RM. errichtet, deren Erträge durch jährliche Stipendien den Nachwuchs für Orchestermusiker fördern soll.

## Neugeplante Invalidenfähe.

Beschlüsse des Ausschusses.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages nahm unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge der Linksparteien einen Initiativ-Gesetzentwurf der Regierungsparteien an. Der Gesetzentwurf, der am 1. Juli in Kraft treten soll, sieht folgende neue Lohnklassen und Beiträge vor:

1. Klasse bis 6 Wk. Wochenlohn 30 Pfg., 2. Klasse von mehr als 6 bis 12 Wk. 10 Pfg., 3. Klasse von mehr als 12 bis 18 Wk. 90 Pfg., 4. Klasse von mehr als 18 bis 24 Wk. 120 Pfg., 5. Klasse von mehr als 24 bis 30 Wk. 150 Pfg., 6. Klasse von mehr als 30 bis 36 Wk. 180 Pfg., 7. Klasse von mehr als 36 Wk. 200 Pfg.

Entgegen dem bisherigen Zustand wird nach dem gefassten Beschluß ab 1. Juli die Witwenrente bei vollendetem 65. Lebensjahr auch dann gewährt, wenn Arbeitsunfähigkeit der Witwe nicht vorliegt. Die Zusatzleistungen aus den bis zum 30. September 1921 gültigen Lohnklassen für jede Beitragsmarke betragen ab 1. Juli in der 1. Lohnklasse 2, in der 2. Lohnklasse 4, in der 3. Lohnklasse 8, in der 4. Lohnklasse 14 und in der 5. Lohnklasse 20 Reichspfennige, sind also verdoppelt. Ferner wurde beschlossen, daß auch diejenigen Witwen, die durch das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung seinerzeit vom Bezuge der Hinterbliebenenrente ausgeschlossen waren, ab 1. April die Hinterbliebenenbezüge erhalten, soweit Anspruch auf die Invalidenrente bis 1. Januar 1924 bestand. Für die bis dahin bestehenden Ansprüche auf Invalidenrente wird auch der Kinderzuschuß vom 1. April ab gewährt.

## Sächsisches.

### Erneute Unfreundlichkeit des Reiches gegen Sachsen.

Dresden, 26. März. Aus Berlin wird gemeldet: Der interfraktionelle Ausschuß des Reichstages hat dem Vorschlag des Reichsfinanzministeriums zugestimmt, wonach im Etat etwa 25 Positionen gekürzt oder ganz gestrichen werden. Es handelt sich hier um eine Ersparnis von rund 60 Millionen Reichsmark. Unter den gestrichenen Positionen befindet sich auch der schon bewilligte Reichszuschuß von einer Million Mark für das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden.

Diese Nachricht dürfte kaum geeignet sein, die Reichsfreudigkeit in Sachsen zu heben. Wir scheinen nachgerade wieder einmal zum Prügelknaben in Berlin geworden zu sein. In der vorigen Woche hatte Sachsen im Finanzausgleich so unglücklich abgeschrieben. Vor drei Tagen wurde der staatsvertraglich zugesagte Südfügel des Mittelbandanals abgelehnt und nun wird wieder die im Haushaltsauschluß und in der zweiten Plenarsitzung einstimmig bewilligte erste der beiden Raten von je 1 Million Mark als Reichsbeitrag zu den Baukosten des Hygiene-Museums gestrichen. Mit dieser für Dresden und Sachsen ganz unverständlichen Spartaktik des Reichsfinanzministeriums ist die Erhaltung der Lingnerischen Kulturstiftung in der sächsischen Landeshauptstadt in bedenklicher Weise gefährdet. Bekanntlich hat der Sächsische Landtag 2 Millionen Mark für das Museum bewilligt und die Stadt Dresden hat außer dem Bauplatz auf dem Gelände der Sekundogenitur ebenfalls 1 Million Mark zur Verfügung gestellt. Das Reich sollte die restlichen 2 Millionen Mark garantieren. Wenn das Reichsfinanzministerium 60 Millionen Mark einsparen sucht, so soll es nicht immer ausgerechnet unseren schon so arg vernachlässigten Freistaat herausgreifen. Vor allem sollte

## Die Feiern im Auslande.

Ganz Österreich stand am hundertsten Todestage Beethovens im Zeichen des größten deutschen Meisters der Tonkunst. Alle amtlichen und zahlreiche Privatgebäude in Wien hatten geklaggt. In den Schulen wurden wie an nationalen Feiertagen statt des Unterrichts Beethoven-Gedenkfeiern abgehalten. An all den vielen Stätten in Wien und seiner Umgegend, wo Beethoven gewohnt und gewirkt hat, wurde die Erinnerung an den Meister stimmungsvoll gefeiert.

## Eine Feier am Grabe Beethovens.

Wien, 27. März. Am Grabe Beethovens auf dem Wiener Zentralfriedhof wurden heute zahlreiche Kränze niederlegt. Wiener Sängern sangen zur Einleitung: Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre. Alle bedeutenden Musikvereinigungen der Stadt Wien, die Bundesregierung und die diplomatischen Vertretungen des Auslandes hatten ihre Vertreter entsandt.

Alle Londoner Blätter veröffentlichten anlässlich des hundertsten Todestages Beethovens Bilder des Meisters und Würdigungen seines Wertes, in denen als Leitmotiv der Gedanke wiederkehrt, daß kein anderer die Menschheit durch sein Werk so bereichert habe wie Beethoven.

Aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr des Todestages Beethovens widmet die amerikanische Presse an hervorragender Stelle dem großen Komponisten ausführliche Artikel. „New York Times“ hebt bei der Würdigung der Persönlichkeit Beethovens seine universale Bedeutung hervor, „New York Tribune“ feiert Beethovens Kunst als das Werk eines göttlichen Wesens.

New York, 27. März. Der Sonnabend stand in Amerika ganz im Zeichen der Beethoven-Berehrung. Alle Rundfunksender übertrugen Beethovensche Kompositionen. Die Zeitungen brachten lange Artikel, in Hochschulfestivals wurde in deutschen Ansprachen des großen deutschen Komponisten gedacht. Eine große Beethoven-Feier fand in der New Yorker Stadthalle statt, zu der der Gouverneur von New York ein Begrüßungstelegramm geschickt hatte und an der das gesamte Konsularkorps New Yorks teilnahm.

Stockholm, 27. März. Die königliche Oper in Stockholm gab gestern Abend zu Ehren Beethovens den „Fidelio“ unter Leitung von Leo Blech. Die Oper wurde durch Radio den 300 000 Radiohörern Schwedens zugänglich gemacht.

Riga, 27. März. Gestern fand unter Beteiligung vieler Tausender in der größten Kirche, der deutschen Domkirche, eine geistliche Abendfeier zum Gedächtnis Beethovens statt.

man aber in Berlin auch etwas mehr Sinn für kulturelle Großtaten eines außerpreussischen Bundesstaates bekunden. Nach diesen Erfahrungen ist, wie gesagt, stark zu befürchten, daß das Deutsche Hygienemuseum für Dresden und Sachsen ganz verloren gehen wird und daß die Bemühungen Genfs, es der Hygienischen Sektion des Völkerbundes anzugliedern, doch noch Erfolg haben werden.

## Der sächsische Ministerpräsident beim Reichskanzler.

### Einpruch gegen die Benachteiligung Sachsens.

Am Sonnabend hat der Ministerpräsident Heldt zusammen mit dem sächsischen Gesandten Dr. Grabner dem Reichskanzler Dr. Marx einen Besuch abgestattet, um die Beschwerden Sachsens wegen der Behandlung des Finanzausgleiches und anderer wichtiger Probleme durch die Reichsregierung und den Reichstag näher zu begründen und auf deren Abstellung zu dringen. Der Reichskanzler hat dem sächsischen Ministerpräsidenten erklärt, daß er nach Möglichkeit versuchen wolle, in allen diesen Dingen Abhilfe zu schaffen und die Zusicherung gegeben, daß er die vorgetragenen Beschwerden in der nächsten Sitzung des Reichskabinetts vortragen werde.

### Eine höchst kostspielige Sparsamkeit.

Dresden, 27. März. Der Verband Sächsischer Industrieller schreibt der Presse u. a.: Nach einer überraschenden Meldung soll der interfraktionelle Ausschuß des Reichstages dem Vorschlag des Reichsfinanzministers zugestimmt haben, daß der Reichszuschuß von 1 Million Mark für das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden gestrichen wird.

Dabei ist gerade die Unterfützung des Hygiene-Museums in Dresden eine selbst für den Laien verständliche produktive Ausgabe, die darüber hinaus auch noch von hoher nationaler Bedeutung ist. Es sei nur auf die außerordentlich rege Auslandstätigkeit dieses Museums auf den Ausstellungen in Wien, Budapest, Stockholm und Oslo hingewiesen. Daher weist der Verband Sächsischer Industrieller auf die höchst bedenklichen Folgen dieses Beschlusses, mit dem sich Deutschland ins eigene Fleisch schneidet, hin. Er hat sich in dieser Angelegenheit bereits mit den ihm nahestehenden Reichstagsabgeordneten in Verbindung gesetzt.

### Das Wirtschaftsministerium und die Not der sächsischen Landwirtschaft.

Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, konnte der sächsische Wirtschaftsminister Dr. Wilhelm auf der 4. Gesamtsitzung der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen mitteilen, daß das sächsische Wirtschaftsministerium bereit sei, zur Linderung der dringenden Not der Landwirtschaft tatkräftig beizutragen. Es habe einen Gesetzentwurf vorbereitet, der dem Landtag zur Beschlußfassung vorliege, nach dem 1. den von drei Mißernten betroffenen Landwirten in den Gebirgs-lagen Beihilfen zur Beschaffung von Saatgut und Düngemitteln gegeben und hierfür ein Betrag von 250 000 Mark vorgesehen werden möchte, daß 2. der Landesgenossenschaft für die Jahre 1927-28-29 Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, aus denen Kredite zu einem Prozentsatz in Höhe von 2 Prozent unter Reichsbankdiskont gewährt werden könnten.

Wenn man sich auch darüber klar sein sollte, daß diese vorgesehenen Maßnahmen nur den dringendsten Bedürfnissen abhelfen können, so möge dieser Gesetzentwurf des Wirtschaftsministeriums dennoch als erfreuliche Tat gebüßt sein.

### Liebesdrama auf dem Pariser Nordbahnhof.

Paris, 27. März. Auf dem Pariser Nordbahnhof gab gestern Abend die Gräfin de Janze mehrere Revolvergeschüsse auf ihren Geliebten, den jungen englischen Adligen Raymond Trafford, ab und versuchte darauf, sich selbst mit einem Revolvergeschuß zu entleiben. Beide wurden in schwer verletztem Zustande in ein Sanatorium gebracht.

Frau de Janze, eine gebürtige Amerikanerin, hatte den jungen Engländer auf einer Afrika-Reise kennengelernt und feinetwilligen Mann und Kinder im Stiche gelassen, um mit ihrem Geliebten in Paris zusammenzuleben. Die Eifersucht der Frau hatte Trafford zur Lösung des Verhältnisses veranlaßt. Er wollte gestern Abend nach England zurückkehren, als die Tat geschah.

### Banditenunwesen an der bulgarisch-griechischen Grenze.

Sofia, 26. März. Bei Ortahöy in der Nähe der griechischen Grenze ist das Auto einer großen Tabakgesellschaft von einer Räuberbande angehalten und die Insassen völlig ausgeplündert worden. Einige Stunden später wurde an derselben Stelle ein zweites Auto angehalten. Die Insassen, die Widerstand leisteten, wurden beschossen. Die Räuber erbeuteten eine große Geldsumme und entkamen über die griechische Grenze.

## Rückgabe der Goethe-Reliquien durch Frankreich.

An die Stadt Frankfurt a. M.

Die französische Regierung hat anlässlich der Beendigung der Frankfurter Messe durch die Yhoner Seidenindustrie einer Abordnung der „Chambre Syndicale des Fabricants de Soieries“ unter Führung des Wirtschaftspolitikers Etienne Fougere den Auftrag gegeben, dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt die offizielle Mitteilung von der Rückgabe der seit dem Jahre 1914 zurückgehaltenen Goethe-Reliquien zu übermitteln.

Fougere entledigte sich dieses Auftrages bei einem Empfang im Fürstenzimmer des Römer und teilte gleichzeitig mit, daß die französische Regierung den Wunsch habe, die Reliquien einer Abordnung der Stadt Frankfurt zu übergeben, die des gleichen herzlichen Empfanges sicher sein könne, den die französische Abordnung selbst in Frankfurt gefunden habe. Oberbürgermeister Dr. Landmann erwiderte, die Stadt Frankfurt betrachte die Rückgabe der Goethe-Reliquien als Zeichen des Strebens, das beide Völker befehle, alles durch Verständigung und Entgegenkommen zu erledigen, um der Menschheit, dem Frieden und der Kultur zu dienen.

## Stapellauf des Kreuzers „Königsberg“.

Eine Ansprache des Admirals Zenker.

Auf der Reichswerft in Wilhelmshaven wurde der kleine Kreuzer „Königsberg“ vom Stapel gelassen. Überall größten Fahnen und Wimpel. Zahlreiche Ehren-gäste waren aus dem ganzen Reich herbeigeströmt, um dem feierlichen Akt beizuwohnen. Die Taufrede hielt der Oberbürgermeister der Stadt Königsberg, Dr. Lohmeyer. Das Schiff wurde anschließend von Frau Loof, der Gemahlin des Vizeadmirals Loof, des Kommandanten des aus dem Kriege bekannten Kreuzers „Königsberg“, auf den Namen „Königsberg“ getauft.

Nach dem Stapellauf fand ein Frühstück im Offiziersheim statt, bei dem der Chef der Marineleitung, Admiral Zenker, in einer Ansprache im Namen der Marine allen dankte, die an dem Werk mitgearbeitet haben, den Konstrukteuren, den Werkbeamten und Werftarbeitern und der Industrie. Er führte aus, der neue Kreuzer solle das sichtbare Zeichen des Treuebekenntnisses des Reiches zu der Provinz sein, die ein grausames Geschick vom Reich abgetrennt habe. Wenn kein Weg durch deutsches Land mehr nach Ostpreußen führe, so werde die Marine auf See die Brücke hinüberschlagen. Diese Brücke zu bewachen, sie, wenn es nottut, bis zum äußersten zu beschützen und zu verteidigen, das ist, so schloß der Redner, die hohe Aufgabe, zu der sich die Reichsmarine am heutigen Tage Ostpreußen gegenüber feierlich bekennet.

### Hindenburg zum Stapellauf der „Königsberg“.

Berlin. Der Reichspräsident hat an den Chef der Marineleitung folgende Telegramm gerichtet: „Ich danke für die Meldung von dem heute erfolgten Stapellauf des neuen Kreuzers „Königsberg“. Möge das neue Schiff, das den Namen eines ruhmreichen Kreuzers der alten Kriegsmarine weiterleben läßt, ein tüchtiges und wertvolles Glied der jungen Reichsmarine werden! Dem Kreuzer und seiner Besatzung wünsche ich allezeit glückliche Fahrt. Hindenburg.“

## Tages-Chronik.

○ Besuch der Sonderburger Deutschen in Kiel. Die Sonderburger Deutschen werden am 3. Juli in Erwiderung des am 1. August vorigen Jahres abgehaltenen Deutschen Tages in Sonderburg ihrer Patenstadt Kiel einen Besuch abstatten. Es ist eine größere Veranstaltung geplant, da mit einer starken Beteiligung aus Sonderburg und den abgetretenen Gebieten zu rechnen ist.

○ Auf der Bühne ein Auge ausgestochen. Bei einer „Carmen“-Aufführung in der Pariser Oper stach die russische Sängerin Glinowa ihrem Partner in der Aufregung des Spiels mit dem Dolch ein Auge aus. Die Oper wurde trotz dieses Zwischenfalls zu Ende geführt.

○ Großfeuer in einer englischen Motorenfabrik. Ein Großfeuer vernichtete die Werkstätten der Douglas Motorenfabrik in Kingswood in der Nähe von Bristol. 4000 vollständige Maschinen wurden zerstört. Der Schaden wird auf 200 000 Pfund Sterling geschätzt.

### Bunte Tageschronik.

Hamburg. Das bei Cuxhaven auf Grund geratene Dampfschiff ist inzwischen ohne Schaden wieder flott geworden.

Madrid. In der nordöstlich von Barcelona gelegenen Gemeinde Montseny wurde ein heftiger Erdstoß wahrgenommen.

Riga. Bei fünf Grad Kälte fand in Libau ein Gewitter statt, unter dem die auf dem Meer befindlichen Fischer stark zu leiden hatten. Drei Fischer fielen ertrunken.

New York. Nach einer Meldung aus Chicago wurde dort der Besitzer einer Spielhölle von unbekannten Männern verschleppt, die jetzt ein Lösegeld von 100 000 Dollar für sein Freilassung fordern.









